



Institut für Medienverantwortung

IMV Institut für
Medienverantwortung
gUG (haftungsbeschränkt)
Goethestraße 6
91054 Erlangen

Tel.: +49 9131 933 277-8
Fax: +49 9131 933 277-9
info@medienverantwortung.de
www.medienverantwortung.de

Kommentar, 8.10.2013

Lampedusa oder die Verlogenheit der Menschenrechtsdebatte

Selten genug erreichen uns die Nachrichten von Toten an den Grenzen Europas. Die aktuelle Tragödie vor Lampedusa mit hunderten Toten hat die Aufmerksamkeitsschwelle von Medien und Politik überschritten. Diesmal sind es keine Minentoten an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei, afghanische Jugendliche, die in Lagern auf Lesbos festsitzen, oder von der „Agentur“ Frontex aufgebrachte und eventuell versenkte Flüchtlingsboote, sondern Afrikaner, die nicht mehr von Regimen wie das Gaddafis auf dem südlichen Kontinent festgehalten werden. Neben einigen Lichtblicken in den Kommentaren, die das Unwort „Wirtschaftsflüchtlinge“ kritisch einordnen, bleibt jedoch der Tenor von den „am Wohlstand teilhaben Wollenden“ vorherrschend. Dabei gibt es neben Wohlstandsfragen die Frage nach dem nackten Überleben – nicht nur auf dem Mittelmeer.

Es geht eben nicht darum, „ein besseres Leben“ in Europa führen zu können, sondern darum, für die eigene Familie ein neues Auskommen zu suchen. Während man sich um sinkende Lebensstandards in Europa sorgt – und dies durchaus **zurechtzu Recht**, weil dies die breite arbeitende Masse betrifft, nicht jedoch die sog. Oberen Zehntausend – fließt jeden Tag weiterhin mehr Geld von der sog. Dritten in die sog. Erste Welt, als umgekehrt. Filme, wie „Süßes Gift“ von Peter Heller oder Bücher wie „Die Mitleidsindustrie“ von Linda Polman machen auf die Problematik von „Entwicklungshilfe“ aufmerksam, die vor allem dem Selbstzweck der eigenen Wirtschaftsförderung dient. Auch die Kredite von Weltbank und IWF schaffen vor allem Abhängigkeiten und Ausbeutungsstrukturen, die eine korrupte Elite in den abgehängten Ländern Afrikas und anderswo geradezu züchtet. Ergänzt man das Bild durch die europäische Großfischerei vor den Küsten Somalias und Senegals, den Absatz subventionierten EU-Gemüses in den Ländern Afrikas, was lokale Märkte zerstört, die Kontrolle der Saatgutversorgung durch Monsanto & Co und die des Wassers durch Großkonzerne wie Nestlé, dann wird ganz deutlich, warum das Wort „Wirtschaftsflüchtling“ zum Unwort des Jahres erklärt werden müsste. Es stimmt nämlich, die Flüchtlinge sind Opfer einer Weltwirtschaftsstruktur, die unseren Wohlstand ausbaut auf Kosten der „billigen Lieferanten unserer Rohstoffe“.

Wer nun scheinheilig mehr Aufnahme von Flüchtlingen, eine Änderung des Asylrechts, humanitäre Hilfe, mehr legale Migration und die Bestrafung von Schleppern fordert, will die Zusammenhänge nicht sehen oder zugeben. Wer nicht bereit ist, das offensichtlich entgleiste Weltwirtschaftssystem in Frage zu stellen und gerechtere Strukturen zu schaffen, ist weiterhin für Grenztote verantwortlich und dafür, dass Menschen ihre Heimat aufgeben müssen. Auf die relevanten Zusammenhänge machen Organisationen wie *Borderline Europe* oder Jean Ziegler seit Jahren aufmerksam und sich damit nicht beliebt. Zur Empörung von Medien und Politik müsste nun die Ehrlichkeit hinzu kommen, damit Menschenrechte und Menschenwürde überhaupt eine Grundlage erhalten, um nachhaltig gestärkt werden zu können – anstatt kostenträchtige Folgekosten zu erwirtschaften: militärische „Lösungen“.